

Jahresprogramm der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirol 2016

Einleitung

2015 war ein entscheidendes Jahr für die Entwicklungspolitik. Während im Juli in Addis Abeba über die künftige Entwicklungsfinanzierung diskutiert wurde, sind im September in New York die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals-SDGs) festgelegt worden und im Dezember in Paris ein Klimaabkommen abgeschlossen worden, das u.a. die Ankündigung enthält, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Im Vordergrund standen zweifellos auch der Abschluss der im Jahre 2000 verkündeten Millenniumsziele und die Überprüfung ihrer Ergebnisse sowie die Festlegung der Inhalte und Zielsetzungen der neuen Agenda 2030, welche die MDGs ersetzen. Die Arbeiten an der Agenda waren von den großen aktuellen Herausforderungen, insbesondere auch von den zunehmenden Konflikten und Migrationsbewegungen gekennzeichnet. Im Sinne eines effektiven Lösungsansatzes wird erstmals der zunehmend komplexe Kontext der Armutsbekämpfung berücksichtigt, der sich über die sogenannten Entwicklungsländer hinaus auch auf die Industriestaaten erstreckt und die einstige Nord-Süd-Polarität relativiert. Die Agenda 2030 ist geprägt vom Geist einer neuen globalen Partnerschaft, wobei die Einteilung in "Geber" und "Nehmer" oder in "erste", "zweite" und "dritte Welt" abgelöst wird vom Gedanken der gemeinsamen Verantwortung für Menschen und Planeten. Gleichfalls werden die wirtschaftliche Entwicklung, der Erhalt der Umwelt und der soziale Ausgleich zusammengeführt und Ziele formuliert, die für eine nachhaltige Entwicklung für „reiche“ wie für „arme“ Staaten gelten.

Angeichts der zunehmend globalen Dimension der wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten und der daraus resultierenden Probleme, können die Lösungsansätze ebenfalls nur auf internationaler Ebene angesiedelt werden. Die Vorgaben der neuen nachhaltigen Zielsetzungen, die sowohl an die Staaten des Nordens als auch des Südens der Welt gerichtet sind, sind somit ein Instrument der Global Governance, welche auf die Entwicklung eines internationalen Regelsystems abzielt, das eine kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Probleme ermöglicht. Dies gilt auch für die Armutsbekämpfung, die vor allem mit der Frage der Verteilungsgerechtigkeit korreliert ist. Veranschaulicht wird die Dimension des Problems durch die letzthin veröffentlichte Studie von Oxfam, aus der hervorgeht, dass die Kluft zwischen Arm und Reich mittlerweile ein Ausmaß erreicht hat, das

der gesamten Wirtschaft schaden kann. Das Eigentum der reichsten 62 Personen der Welt weist mittlerweile einen Wert von 1,76 Billionen Dollar auf und somit gleichviel wie jenes der ärmeren Hälfte der Menschheit, bzw. von 3,5 Milliarden Personen. Ein Großteil dieser Vermögenswerte ist in Steueroasen geparkt oder so verwaltet, dass sie für den Fiskus nicht greifbar sind. Die Steuern, die nicht gezahlt werden, fehlen in den öffentlichen Kassen für wichtige notwendige Investitionen wie z.B. für Bildung, Krankenversorgung und Sozialhilfe. Gleichzeitig ist die Kluft zwischen Arm und Reich mittlerweile unüberwindbar groß, so dass sie den Einzelnen Entwicklungs- und Bildungschancen nimmt und die Aufstiegschancen zunichte macht sowie laut OECD das Wirtschaftswachstum und den sozialen Frieden innerhalb der Gesellschaften sowohl im Süden als auch im Norden unseres Planeten gefährdet. Die Agenda greift somit ein zentrales Thema zur globalen Armutsbekämpfung auf und spricht die wesentliche Ursache der Armut offen an. Obwohl eine große Anzahl extrem Armen heute noch in Ländern wie Indien und China lebt, die ein außerordentliches Wirtschaftswachstum aufweisen, bestehen die allergrößten Bedürfnisse in anderen, zumeist fragilen Staaten v.a. in jenen Weltregionen, die von Konflikten erschüttert werden. Insgesamt war die Anzahl der Menschen, die ihre Heimat verlassen, seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so hoch wie 2015, auch wenn nur ein begrenzter Teil der weltweit ca. 60 Millionen Flüchtlinge nach Europa kommen und der größte Anteil in den Nachbarländern der Konfliktregionen aufgenommen werden. Die in ihrem weiteren Ausmaß nicht abzuschätzende Flüchtlingswelle, die v.a. durch die gewaltsamen Konflikte im Nahen Osten verursacht wird, hat uns erstmalig spürbar gemacht, wie stark sich die Ereignisse in anderen Weltregionen auch auf unseren Kontinent auswirken. Angesichts dieser Flüchtlingsströme diskutiert Europa seit Monaten, wie man mit der Ankunft von Millionen Menschen aus dem Nahen Osten, Afrika und anderen Teilen der Welt umgehen soll. Aber nicht nur die Folgen der Kriege in den angrenzenden Regionen wirken sich mit Wucht auf unsere Tagespolitik aus, auch die durch Armut und Aussichtslosigkeit begründeten Migrationsbewegungen, die sich mit jenen der konfliktbedingten Flüchtlingsströme vermischen, machen uns alltäglich deutlich, dass die wirtschaftliche und politische Marginalisierung ganzer Weltregionen globale Auswirkungen hat. Die Armut, Chancenlosigkeit der Menschen und die Auswirkungen des Klimawandels sowie des zunehmenden Landraubes treiben die Menschen in die Flucht und zwar in einem für Europa bislang noch nie gesehenen Ausmaß. Naheliegend ist daher der Ruf nach Bekämpfung der Armut als Fluchtursache in den Herkunftsländern, auch über die Entwicklungszusammenarbeit, deren oberstes Ziel es ist, Armut zu reduzieren und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Was kann aber Entwicklungszusammenarbeit in diesem Zusammenhang wirklich leisten? Auch dies ist eine Frage, die derzeit häufig gestellt wird. Auch die Erfolge der MDGs haben gezeigt, dass die Entwicklungszusammenarbeit zweifellos einen Beitrag dazu erbringen kann, dass die Menschen in den ärmsten Ländern Aussicht auf eine bessere Zukunft haben. Allerdings kann sie nur subsidiär sein, zumal Demokratieentwicklung, Korruptionsbekämpfung und vor allem Kohärenz der relevanten Politikfelder u.a. Handel, Förderpolitik und Steuerfragen, einschneidende Auswirkungen auf die Entwicklung der ärmeren Länder haben. Weiters kann der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationseindämmung nur ein langfristiger sein, wobei natürlich nicht alle

Migrationsursachen, wie etwa Kriege und gewaltsame Konflikte, beeinflusst werden können.

Richtig ist jedoch, dass der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Kontext mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und sie als eines der Instrumente zur Armutsreduzierung, Krisenprävention und Friedensförderung allseitig anerkannt wird. Gemäß den Appellen der UN-Finanzierungskonferenz in Addis Abeba hat sich Italien verpflichtet die Entwicklungszusammenarbeitungsmittel von den heutigen 0,16% auf 0,30% des BIP innerhalb 2017/2018 anzuheben.

Auch das Land Südtirol hat sein Budget für das Jahr 2016 erheblich erhöht. Dies bedeutet zum einen mehr Möglichkeiten Programme und Projekte zu finanzieren, zum anderen aber auch die Verantwortung, diese Mittel zielgerecht einzusetzen. Kurzfristig sollte man mit diesen erhöhten Ressourcen auch dafür sorgen, dass die Menschen in den Flüchtlingscamps, die als Stabilitätskerne in den Aufnahmeländern im Nahen Osten geschaffen wurden, im Sinne einer entwicklungsorientierten Übergangsfinanzierung, die materielle Grundversorgung erhalten und der Zugang zu Bildung und Berufsausbildung ermöglicht wird. Hierfür werden wir im Laufe von 2016 auch einen Teil unserer Mittel einsetzen, insbesondere auch für Bildungsinitiativen, welche sowohl für Kinder als auch Jugendliche und Erwachsenen zugänglich sein sollten. Neben diesen Unterstützungsmaßnahmen wird die Kontaktaufnahme und Unterstützung der Partner in den Ländern der Mittelmeerregion im Fokus unserer Aufmerksamkeit stehen. Hiermit möchten wir einen kleinen Beitrag dazu leisten, die Fluchtursachen in diesen Ländern präventiv und auf längere Sicht abzumildern. Weiters werden wir die bereits angebahnten und in Umsetzung begriffenen Partnerschaften mit regionalen Körperschaften und Gemeinschaften fortführen und auch erweitern. Um Entwicklungsprozesse nachhaltig einzuleiten und einen partizipativen Prozess in Gange zu setzen bedarf es einer längerfristigen Zusammenarbeit. Die „Erklärung von Paris“ aus dem Jahre 2005, unterstreicht das Prinzip, dass die Verantwortung für die Entwicklungsstrategie bei den Partnern im „Süden“ liegt und externe Akteure sich in diese einfügen sollen. Daher arbeiten wir in diesen Programmen sowohl mit den lokalen Verwaltungen als auch mit der Zivilgesellschaft zusammen. Die Konzentration auf bestimmte Gebiete über mehrere Jahre hin, auch anhand von sektorenübergreifenden Programmen, hat gezeigt, dass wir auch mit begrenzten finanziellen und personellen Mitteln Einfluss auf die Entwicklung eines Gebietes haben und die Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden können. Dies haben auch die durchgeführten Evaluierungen bereits abgeschlossener und laufender Programme bestätigt. Territoriale Partnerschaften ermöglichen ein koordiniertes Vorgehen zwischen den verschiedenen Akteuren und stellen somit ein wichtiges Instrument für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit dar.

Die Mittel und Aufgabenfelder unserer Entwicklungszusammenarbeit

Im heurigen Haushaltsjahr und für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 verfügen wir über ein Budget von insgesamt 4.047.000,00 € und somit über einen deutlich erhöhten Betrag gegenüber jenen der vergangenen Jahre. Da die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit aufgrund ihrer Beschaffenheit und der erforderlichen Anpassung an die Bedingungen der Zielgruppen und Zielländer in der Regel nicht innerhalb des Jahres, in dem der Beitrag genehmigt wurde, abgeschlossen und abgerechnet werden, sind die Zweckbindungen der jeweils gewährten Beträge aufgrund der neuen Haushaltsregeln teilweise auch auf das kommende Jahr zu buchen. Gemäß den geltenden Förderkriterien wird bei Genehmigung des Projektes ein Vorschuss ausbezahlt; die Restzahlung erfolgt nach Abrechnung des Projektes.

Grundsätzlich werden die Projektmittel, wie in den vorherigen Jahren, im gesamten Leistungsspektrum der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Zum einen also zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten der Südtiroler Organisationen und Einrichtungen in den Schwerpunktspartnerländern in Afrika und im Nahen Osten sowie in Asien, Lateinamerika und Osteuropa, als auch für Bewusstseinsbildungsprojekte in Südtirol. Zum anderen werden die Partnerschaftsprogramme des Landes fortgeführt und neue Programme erarbeitet, wobei auch EU-Mittel und Mittel anderer Einrichtungen für die Finanzierung neuer Programme beantragt werden. Ein Teil der Ressourcen wird für spezifische Vorhaben zum Schutz von kulturellen und sprachlichen Minderheiten verwendet. Geplant ist auch die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in den großen Flüchtlingscamps im Libanon und Jordanien, die infolge des Bürgerkrieges in Syrien und Irak entstanden und mittlerweile zu längerfristigen Einrichtungen geworden sind. Das Land Südtirol hilft auch in Katastrophenfällen oder Konfliktsituationen und stellt Mittel für humanitäre Notstandsmaßnahmen bereit.

Die Zielsetzungen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirols im Jahr 2016 beziehen sich auf die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 die von den Vereinten Nationen im September 2015 genehmigt wurden. Anders als bisher sind alle Nationen aufgefordert sich für eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für die Armutsbekämpfung, Reduzierung der Ungleichheit, den Schutz der Menschenrechte, die Vorbeugung von Konflikten und Unterstützung von Friedensprozessen einzubringen.

	Finanzierungen/Ausgaben 2016	Haushalt 2016	Haushalt 2017
JÄRHLICHE AUSSCHREIBUNG IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND MINDERHEITENSCHUTZ	2.400.000,00 €	1.680.000,00 €	720.000,00 €
AUSSCHREIBUNG FÜR ORGANISATIONEN - HUMANITÄRE PROJEKTE IM NAHEN OSTEN UND AFRIKA	1.200.000,00 €	840.000,00 €	360.000,00 €
TERRITORIALIE PARTNERSCHAFTEN DES LANDES SÜDTIROL IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEITMINORANZE	1.400.000,00 €	1.017.559,60 €	382.440,40 €
AUSSCHREIBUNG FÜR ORGANISATIONEN IM BEREICH BEWUSSTSEINSBILDUNG UND GLOBALES LERNEN	455.145,00 €	322.440,40 €	132.704,60 €
VORHABEN DES LANDES IM BEREICH BEWUSSTSEINSBILDUNG UND GLOBALES LERNEN	187.000,00 €	187.000,00 €	
TOTALE	5.642.145,00 €	4.047.000,00 €	1.595.145,00 €

Entwicklungszusammenarbeit

Förderung der Entwicklungsprojekte der Organisationen – Alljährliche Ausschreibung 2016

Projektvorschläge können von den Organisationen und Körperschaften ohne Gewinnabsicht, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, eingereicht werden. Für die Förderung der Projekte der Organisationen kommen die überarbeiteten Förderkriterien welche am 10.11.2015 mit Landesregierungsbeschluss Nr. 1275 genehmigt wurden, zur Anwendung. Diese Kriterien werden nun erstmals bei der Bewertung der Entwicklungsprojekte des Jahres 2016 angewandt. Sie zielen auf Vereinfachungen sowohl bei der Einbringung der Vorhaben als auch bei der Projektdurchführung ab und enthalten präzise Kriterien für die Bewertung der Vorhaben. Weiters wird in Kürze der neue Leitfaden für den Abschlußbericht und für die Rechnungslegung für Projekte der Bewusstseinsbildung sowie jener für Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht.

Für die Finanzierung dieser Vorhaben kann im Bezugsjahr aufgrund der Verdoppelung der Mittel ein Gesamtbetrag in der Höhe von rund 2.400.000 € (2015: 1.228.000,00 €) bereitgestellt werden. Gemäß der jährlichen Programmierung des zuständigen Amtes entspricht die Unterstützung der Projekte der Organisationen einem Budgetanteil von rund 60% des vom Landeshaushalt für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellten Betrages.

Innerhalb Jänner 2016 wurden 77 Projektvorschläge eingebracht (im Jahr 2015: 64) und zwar von 46 Non Profit-Organisationen mit Rechtssitz oder einen operativen Sitz in Südtirol.

Das Hauptziel dieser Vorhaben ist die Armutsbekämpfung durch die Förderung der Aus- und Fortbildung, die Unterstützung von Einkommen schaffenden Maßnahmen und die Abdeckung der Grundbedürfnisse der Empfänger in den Partnerländern und Krisengebieten.

Die Projektvorschläge können Vorhaben für die benachteiligten Bevölkerungsschichten in Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa beinhalten, wobei die von Kriterien definierten Schwerpunktländer folgende sind:

- **Afrika:** Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Mali, Mosambik, Süd Sudan, Tansania, Togo, Uganda;
- **Zentralamerika:** Guatemala, Honduras;
- **Südamerika:** Bolivien, Brasilien, Ecuador, Peru;
- **Asien:** Afghanistan, Indien, Ost Timor, Nepal, Philippinen, Myanmar, Sri Lanka, Thailand, Tibet;
- **Mittelmeerraum und Naher Osten:** Tunesien, Libanon, Palästinenser Gebiete, Syria
- **Osteuropa:** Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Moldawien.

Es wurden außerdem Projekte eingereicht, die nicht in Schwerpunktländern durchgeführt werden, die laut Kriterien mit einem Höchstbetrag von 50% der zugelassenen Kosten finanziert werden können: Haiti, Kolumbien, Pakistan.

Die Bewertung der Projektvorschläge ist Aufgabe des zuständigen Amtes für Kabinettsangelegenheiten der Abteilung Präsidium und Außenbeziehungen, das für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Die Überprüfungs- und Bewertungsphase soll bis Mai dieses Jahres abgeschlossen sein. Nach Genehmigung der Finanzierungsbeiträge können die Vereinbarungen mit den Trägerorganisationen und Einrichtungen abgeschlossen werden.

Entwicklungsorientierte humanitäre Projekte im Nahen Osten und Afrika

Förderung der Projekte der Organisationen – Ausschreibung 2016

Aufgrund der dramatischen Entwicklung im Nahen Osten und der Nahrungsmittelkrisen in den Ländern südlich der Sahara plant das Land eine weitere spezifische Projektausschreibung. Die entsprechenden Vorhaben sollen dazu beitragen, dass die von Konflikten und Dürreperioden geprägten Engpässe besser bewältigt werden können sowie das mittlerweile langfristige Dasein der Menschen in den Flüchtlingscamps erträglich gemacht wird und den Kindern und Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden. Die Voraussetzungen für die Teilnahme an dieser Ausschreibung sowie die inhaltlichen und geografischen Rahmenbedingungen werden mit eigenen Richtlinien festgelegt. Das hierfür

vorläufig geplante Budget beträgt rund 1,2 Millionen € mit Zweckbindung auf die Jahre 2016 und 2017.

Territoriale Partnerschaften des Landes Südtirol

Neben den Vorhaben, die von den Organisationen getragen und mit Fördermitteln des Landes durchgeführt werden, beteiligt sich das Land Südtirol in verschiedenen Partnerländern auch direkt an Entwicklungsprojekten und -programmen. Häufig geht es hier um Programme, die von öffentlichen Entwicklungseinrichtungen (Außenministerium, Europäische Union, UN-Agenturen wie z.B. die FAO, ILO, usw.) mitfinanziert werden und um Maßnahmen, die unseren vorrangigen Zielsetzungen und zentralen Kompetenzen des Landes sowohl im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, als auch der Förderung der Friedensbestrebungen und des internationalen Minderheitenschutzes entsprechen.

Rund 25% der zur Verfügung stehenden Landeshaushaltsmittel werden für die direkten Projekte des Landes und für Notstandsprojekte in den Krisengebieten verwendet. Dazu kommen fallweise Finanzmittel anderweitiger Institutionen und Einrichtungen wie jene des italienischen Außenministeriums, der Europäischen Kommission (EuropeAid) oder anderer Institutionen. Für das 2016 ist für diese Maßnahmen vorläufig ein Budget von rund 1,4 Millionen € mit Zweckbindungen für die Jahre 2016 und 2017 geplant.

Für die Projekte, die das Land Südtirol direkt ausführt oder jene die das Land Südtirol den Organisationen oder Körperschaften zur Durchführung überträgt, werden die Finanzierungskriterien angewandt, welche mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1438 vom 26.09.2011 festgelegt wurden.

Das Land wird im nächsten Triennium seine territorialen Partnerschaften mit den Schwerpunktländern Burkina Faso, Uganda, Tansania und Nepal weiterführen. Ebenso fortgesetzt werden auch territoriale Partnerschaften mit den Kapverden, Bosnien Herzegowina, Ecuador und der tibetischen Minderheit in Indien.

Burkina Faso

In den ersten Monaten des laufenden Jahres wird das vom Amt für Kabinettsangelegenheiten koordinierte und vom italienischen Außenministerium mitfinanzierte trilaterale Entwicklungsprogramm Provinz BZ/FAO/Dori in der Gemeinde Dori im Nordosten Burkina Fasos abgeschlossen.

Die wachsende Instabilität in der Region Sahel in Folge der Unruhen in Mali, der terroristischen Infiltrationen und der zwei Putsche in Burkina in den Jahren 2014 und 2015 haben sich auch auf das dreijährige Programm ausgewirkt, zumal der Zugang zur Projektzone zunehmend gefährlich wird.

Die Ziele des dreijährigen Programms, die u.a. die Verbesserung des Zugangs zu Wasser vorsehen, konnten jedoch alle mit einer Reihe von Maßnahmen erreicht

werden. Mit dem Bau von Brunnen in drei Dörfern in Zusammenarbeit mit ONEA (Nationales Institut für die Wasserversorgung) und dem Ausbau des Wasserversorgungsnetzes mittels Installierung von Zisternen mit einer Kapazität von 15.000 Litern und Wasserleitungen, die in Südtirol angekauft wurden, konnte der Zugang zu Trinkwasser weitgehend verbessert werden. Außerdem konnte mit dem Bau von 40 Brunnen mit Tränken die Wasserversorgung für die Rinder- und Ziegenherden gesichert werden. Brunnenkomitees wurden zur korrekten Verwaltung und Instandhaltung dieser Brunnen ausgebildet. Zur Förderung von Einkommen schaffenden Tätigkeiten (Produktion von Mehl und Tierfuttermittel) wurden zwei Mehrzweckplattformen, die auch der Mehl- und Futterproduktion für Nutztiere dienen, in den Dörfern Touka Bayel und Dantchadi errichtet. Diese wurden mit einem Generator ausgestattet.

Außerdem wurden Initiativen zur Stärkung des interkulturellen Dialoges und der Kapazitäten (vor allem für Frauen und Jugendliche) unterstützt.

Ein weiteres Programm zur Erweiterung des Trinkwasserversorgungsnetzes in der Region Sahel (Dori) und der Region Süd-West (Dorf Bapla – Nanè) wurde vom Land Südtirol in Zusammenarbeit mit der Stiftung Cariplo ausgearbeitet und liegt nun zur Genehmigung bei der italienischen Kreditorganisation ACRI (Associazione di Fondazioni e di Casse di Risparmio) auf. Interessierte Südtiroler Unternehmen im Bereich Bewässerungs- und Trinkwassertechnik könnten sich an der Umsetzung des Projektes beteiligen. Vorgesehen ist auch als Pilotprojekt die Errichtung von Bewässerungsanlagen für die Gemüseproduktion. Das zweijährige Programm, das die Wasserversorgung der Bevölkerung und der Landwirtschaft gewährleisten soll, wird mit einem Beitrag von 100.000 € von der Kreditorganisation ACRI mitfinanziert. Das Land plant hierfür einen Gesamtbetrag von 160.000€ zur Verfügung zu stellen und diesen auf den Budgets von 2016, 2017 und 2018 zweckzubinden.

Seit 2014 unterstützt das Land Südtirol außerdem ein fünfjähriges Projekt, das in Zusammenarbeit mit der „Union Fraternelle des Croyants“ und der Diözese Koudougou durchgeführt wird. Das Projekt sieht den Bau von Brunnen und Ausbildungskurse zur Umwelterziehung in den Schulen der Sahel-Region und in der Region Mitte-Ost vor mit einer Ausgabe von rund 31.000 € mit Zweckbindung auf das Budget 2016/2017.

Ziel der nächsten Programme ist es, Synergien zwischen den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Internationalisierung des Privatsektors zu schaffen. Das Land Südtirol arbeitet schon seit ca. 15 Jahren mit einigen Südtiroler Unternehmen zusammen, um die Zielsetzungen der Programme der territorialen Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Wasserversorgung und Landwirtschaft mit entsprechenden Qualitätsstandards umzusetzen.

Uganda

Euregio Partnerschaft – Uganda und Tansania

Gemäß einer im Jahre 2014 getroffenen Entscheidung des Dreierlandtags der Länder Südtirol, Nordtirol und dem Trentino wird das Partnerschaftsprogramm zwischen der Europaregion auf der einen Seite und den Bezirken von Rakai, Masaka, Bukomansimbi und Kalungu in Uganda sowie Misenyi in Tansania als südliche Partner, bis zum Jahr 2016/2017 fortgesetzt werden. Die jährlich geplante

Ausgabe beläuft sich auf 100.000 € pro Land. Ziele des Programms sind der Kampf gegen die Armut anhand von Initiativen, die eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung in diesem grenzüberschreitenden Gebiet fördern. Projekte, die zur Ernährungssicherheit und der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und Initiativen im Bereich der Wasserversorgung sowie im Bereich des Waldschutzes sollen vorrangig unterstützt werden. Das dreijährige Entwicklungsprogramm wird vom Land Südtirol – Amt für Kabinettsangelegenheiten - gemeinsam mit verschiedenen technischen Ämtern des Bezirks Misenyi und in Zusammenarbeit mit Kolping Tansania durchgeführt.

Aufgrund der Willensäußerung der drei Landeshauptleute der drei Länder der Europaregion in einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel im Dezember 2015 soll das Programm ab Jänner 2017 für weitere drei Jahre fortgesetzt werden. Länderübergreifende Maßnahmen überwiegend im landwirtschaftlichen Bereich sollten in dieser neuen Programmphase im Mittelpunkt stehen. Bereits im Jahr 2016 werden daher vordergründig Maßnahmen unterstützt, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern soll. Die im Zeitraum 2015-2016 bereits ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassungsfähigkeit der Dorfgemeinschaften an Klimaschwankungen und deren Auswirkungen sollen fortgeführt werden. Insbesondere betrifft das Initiativen zum Schutz der Wälder Munene und Minziro (Aufforstung, Baumschulen, Landschaftsschutz) und Einkommen schaffende Maßnahmen (Kauf von Kleintieren), welche angesichts der zunehmenden Entwaldung Alternativen für die lokale Bevölkerung zum Verkauf von Holz schaffen sollen. Damit Grenzwälder in Zukunft besser geschützt werden können, ist eine Tagung geplant, an der die lokale Forstbehörde sowie Vertreter der nationalen Forstbehörde der beiden Länder gemeinsam Strategien und Lösungen erarbeiten sollen.

Ein weiterer Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stellt die tierärztliche Kontrolle von Rindern und Kleintieren sowie die Durchführung von gemeinsamen Impfkampagnen zur Vorbeugung von Tierkrankheiten (z.B. Schweinefieber) dar. Zur Unterstützung der tierärztlichen Kontrolle der Tiere aber auch um Landwirten in den verschiedensten Bereichen mit know how und konkreten Lösungen für die wechselnden Probleme der Landwirtschaft zur Seite zu stehen, sollen sogenannte Landwirtschaftliche Beratungsstellen in den ländlichen Gebieten renoviert und mit Gerätschaften (z.B. für Labor) ausgestattet werden. Diese Zentren haben eine Schlüsselrolle in der technischen Beratung und Schulung für die Landwirte und mit Hilfe von sogenannten Modellbetrieben sollen Kenntnisse zum Ackerbau, Waldschutz, Tierhaltung, nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversität, Bodenverbesserung usw. vermittelt werden.

Ein weiteres Vorzeigeprojekt, das für die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit steht, ist der Aufbau eines Gemeinschaftszentrums in der Grenzstadt Mutukula, das gemeinsam von der ugandischen sowie auch der Bevölkerung Tansanias genutzt werden soll.

Die zur Zeit laufende Ausarbeitung des Raumordnungsplans für die Stadt Mutukula wird im Laufe des Jahres abgeschlossen und eventuell noch ausstehende

Maßnahmen werden gemeinsam mit den lokalen Technikern definiert. Ebenfalls werden die Initiativen im Bereich der Abfallwirtschaft abgeschlossen und weitere Schritte im Bereich beschlossen.

In einer Reihe von Workshops im der ersten Jahreshälfte werden Handlungsfelder für die Fortsetzung des Programms festgelegt. Die Detailplanung sollte bis November d.J. abgeschlossen werden.

Partnerschaftsprogramm zwischen dem Bezirk Gulu und dem Land Südtirol

Seit November 2008 läuft ein Partnerschaftsprogramm zwischen dem Land Südtirol und dem Bezirk Gulu im Norden Ugandas, welches Maßnahmen im Bereich Weiterbildung und Landwirtschaft enthält. Darunter fallen die Unterstützung von Schulbauten und Bildungsprogrammen, die Informationstätigkeit zur Stärkung des Bewusstseins hinsichtlich der Bedeutung von Bildung, die Bereitstellung von Geräten und Materialien für die Berufsschule Lalogi, sowie die Unterstützung der Kleinbauern durch die Bereitstellung von landwirtschaftlicher Beratung und Weiterbildung zu neuartigen Produktionsmethoden.

Im Jahr 2015 wurde von Seiten der Beamten des Landes ein Lokalaugenschein durchgeführt, um laufende Projekte zu begutachten und mit den Behörden die Fortsetzung des Programms zu besprechen. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bezirksobmann und den verschiedenen Vertretern der Partner (Avsi, Krankenhaus Lacor, Comboni Samaritans, Gulu University, Caritas) wurde die Fortsetzung des Programms befürwortet und Schwerpunkte festgelegt. Für einige laufende Initiativen wurde die Unterstützung der lokalen und staatlichen Behörden beantragt, vor allem was die optimale Nutzung der Tischlerei in der staatlichen Berufsschule (Nord-Uganda Youth Development Center) in der Ortschaft Lalogi betrifft, die mit Hilfe des Landes Südtirol eingerichtet wurde.

Im Jahr 2015 lag der Schwerpunkt in der Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Erschließung von neuen Märkten. Mit einer Reihe von Weiterbildungsaktivitäten zu innovativen Produktionsmethoden, den Ankauf von Geräten (z.B. Mühlen und Verpackungsmaschinen, Geräten für die Trocknung von Maniok, Bienestöcke, Hühner), die Schaffung von Gruppen von Herstellern und Verkäufern sowie die Umsetzung der Marketing-Strategien ist es gelungen, das Einkommen der Kleinbauern zu steigern. Noch ausstehende Initiativen wie z.B. der Ankauf von Gerätschaften zur Honigproduktion in Italien, werden im I.J. abgeschlossen. Aufgrund der Auswirkungen der Klimaschwankungen ist die Unterstützung der Landwirtschaft weiterhin prioritär.

Im laufenden Jahr beabsichtigt die Universität Gulu ein gemeinsames Projekt auszuarbeiten und beim zuständigen Landesamt einen Programmantrag einzubringen, der vor allem auch wiederum die Resilienz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft verstärken soll. Die geplante Ausgabe beläuft sich auf rund 50.000,00 €.

Ein weiterer Schwerpunkt stellt ebenfalls die Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung dar. In Folge des Lokalausgleichs wurde in Absprache mit den zuständigen Behörden die Erweiterung einer Grundschule beschlossen, die bereits in der Vergangenheit vom Land Südtirol unterstützt wurde.

Im Rahmen der jährlichen Ausschreibung wurden weiters einige Projekte für Norduganda eingereicht, die im Bezirk Gulu abgewickelt werden. Ein Projekt sieht die Unterstützung einer Radiostation vor, die vor allem in ländlichen Gebieten sehr aktiv ist und Diskussionsrunden live überträgt. Dabei werden sehr aktuelle Themen behandelt wie z.B. Landkonflikte, Gesundheitsprobleme, Versöhnung usw. Das Programm wird in den fünf lokalen Sprachen der im Norden ansässigen Bevölkerung gestaltet. In einem weiteren Projekt ist der Aufbau einer Fischzucht unter der Leitung der Comboni Samaritans in Gulu geplant, um bedürftigen Menschen eine gesunde und ausgeglichene Ernährung zu gewährleisten.

Zusammenarbeit zwischen dem St. Mary's Hospital Lacor von Gulu, dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem Land Südtirol

Im Jahr 2005 ist ein erstes Partnerschaftsabkommen zwischen dem Land Südtirol, dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem St. Mary's Hospital in Gulu – Uganda, abgeschlossen worden. Das St. Mary's Krankenhaus ist für die medizinische Behandlung ein wichtiger Bezugspunkt für die gesamte Region, auch weit über die Grenzen Ugandas hinaus. Das Abkommen mit Südtirol sieht die Unterstützung für die Errichtung neuer medizinischer Fachabteilungen, sowie die Mitfinanzierung eines Austauschprogramms für das medizinische Personal der beiden Krankenhäuser und somit für die Ausbildung des medizinischen aber auch technischen Personals des Krankenhauses vor. Im Jahr 2010 wurde das Partnerschaftsabkommen auf weitere fünf Jahre verlängert und Primar Prof. Armin Pycha vom Krankenhaus Bozen zum medizinischen Projektkoordinator ernannt. Im Jahr 2016 soll das Partnerschaftsabkommen für weitere fünf Jahre verlängert werden.

Die Projekte, mit denen das Land Südtirol das Krankenhaus von Lacor seit 2006 unterstützt hat, beinhalteten den Aufbau einer urologischen Abteilung, eines histologischen und zytologischen Dienstes, den Ausbau und die Verbesserung der Chirurgie, des diagnostischen Dienstes und die Stärkung der orthopädischen Abteilung. Im Jahr 2011 hat das Land Südtirol den Ankauf und die Installation einer Fotovoltaikanlage für die autonome Energieversorgung der Operationssäle und der Notaufnahme des Krankenhauses Lacor mitfinanziert. Im Jahr 2013-2015 hat das Land drei Projekte für den Ankauf und die Installation von Solarpanelen unterstützt, um die Versorgung mit elektrischer Energie für die lebenswichtigen Notfalldienstleistungen des Krankenhauses bei Stromausfällen des nationalen Netzes zu garantieren. Dies v.a. um die laufenden Kosten des Krankenhauses dank der Nutzung von erneuerbaren Energien, auch im Sinne des Umweltschutzes zu senken. In den Jahren 2016-2018 will das Land dieses Projekt weiterhin unterstützen, um eine 50% Autonomie in der Stromversorgung des Krankenhauses zu erreichen und somit den ökologischen Fußabdruck eines der größten Krankenhäuser im Land zu verringern. Die kostengünstige und sichere

Stromversorgung ist auch ein Ziel im Strategieplan 2012-2017 des Krankenhauses Lacor.

Die geplante Ausgabe beläuft sich für den Jahreszeitraum 2016- 2018 auf 193.500,00 €, davon sind rund 74.500,00 € für das laufende Jahr und jeweils 59.500,00 € für die kommenden Jahre geplant.

Prof. Pycha, Primar der Urologie, konnte während seines Aufenthalts im Jahr 2014 die Wirksamkeit der Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien bestätigen.

Im Rahmen des Personalaustausches konnte im Jahr 2013 ein Anästhesist und eine Ärztin erfolgreich ein Praktikum im Krankenhaus Bozen absolvieren. Eine Krankenschwester vom Krankenhaus Bozen hat hingegen für zwei Monate einen Einsatz in verschiedenen Abteilungen (Medizin, Orthopädie und Intensivstation) des Krankenhauses Lacor absolviert.

Im Jahr 2014 hat eine Krankenschwester des Lacor Hospitals, zuständig für den Operationssaal, und ein Arzt mit Spezialisierung in Gynäkologie und Geburtshilfe an einem Training in Bozen teilgenommen, mit dem Ziel die eigenen Kompetenzen in den jeweiligen Gebieten zu verbessern. Im Jahr 2015 haben der Arzt Ocen Davidson und ein Techniker des ugandischen Krankenhauses erfolgreich eine Fortbildung am Bozner Krankenhaus abgeschlossen.

Für das Jahr 2016 wird das Lacor-Krankenhaus die Prioritäten für die Auswahl der Kandidaten für den Ärzteaustausch noch festlegen. Die vom Land zu tragenden Kosten für den Personalaustausch sind in den obgenannten Ausgaben des Partnerschaftsprojektes inbegriffen.

Kapverden

Der Vulkanausbruch des Vukans Pico Pequeno auf der Insel Fogo Ende 2014 und dessen Folgen standen im Jahr 2015 im Mittelpunkt. Dabei waren neben zwei Dörfern auch die Weinkellerei, die teilweise mit Hilfe des Landes Südtirol aufgebaut wurde, zerstört worden. Der Projektkoordinator Prof. Franz Egger, der die Projekte des Landes Südtirol auf den Kapverdischen Inseln seit Jahren erfolgreich begleitet, wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Weinbauern und den zuständigen Behörden der Kapverdianischen Regierung ein Projekt für den Wiederaufbau der Weinkellerei in einem sicheren Gebiet auszuarbeiten. Nachdem die Wahl eines geeigneten Standorts für die neue Weinkellerei mehr Zeit als geplant beansprucht, musste der Bau vorerst aufgeschoben werden. Ein Teil der Bevölkerung ist in das vom Vulkanausbruch betroffene Gebiet zurückgekehrt, was die von der Regierung geplante Umsiedlung erschwert.

Im Jahr 2016 wird somit vordergründig die Unterstützung der landwirtschaftlich-technischen Ausbildung in Zusammenarbeit mit der Oberschule für Landwirtschaft Auer durch Maßnahmen zur Fortbildung der Lehrkräfte abgeschlossen. Das Projekt sah bereits im Jahr 2015 die Weiterbildung im Bereich der Käseproduktion in Zusammenarbeit mit dem Südtiroler Sennereiverband und der Fachoberschule für Landwirtschaft vor. Auch war die Ausbildung einer Fachkraft im Bereich Kellerwirtschaft und zwei weiteren Fachkräften im Bereich Lebensmittelverarbeitung geplant. Diese Ausbildungen mussten aufgrund der

Ablehnung der Visumsanträge auf 2016 verschoben werden. Den Schülern der Oberschule für Landwirtschaft Auer ist es hingegen gelungen, auf Kap Verden ihr geplantes Betriebspraktikum zu absolvieren. Außerdem hat ein Student der Fakultät Agrarwissenschaften und Umweltmanagement der Universität Bozen während eines dreimonatigen Aufenthalts auf der Insel Santiago mit Hilfe von Bodenanalysen Strategien für den verbesserten Anbau von Bananen entwickelt. Ein weiterer Studentenaustausch ist für das Herbstsemester auf der Universität Bozen geplant, wobei ein Student der Universität von Kap Verden Kurse im Bereich Agrarwissenschaft, gekoppelt mit einem begleitenden Praktikum an einem Südtiroler Betrieb, absolvieren soll.

Die Anschaffung von Lehrbehelfen wie Geräten zur Verarbeitung von Obst zu Marmeladen, Ausrüstung zur Milchverarbeitung und sonstiger Ausrüstung, die bereits im letzten Jahr zum größten Teil erfolgt ist, wird im I.J. abgeschlossen.

Nepal

Anlässlich des Besuches einer Delegation aus Südtirol im März 2011 wurde ein Rahmenabkommen zwischen der Autonomen Provinz Bozen und der Stadtgemeinde Kathmandu unterzeichnet. Mit diesem „Memorandum of Understanding“ wurde eine mehrjährige Partnerschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit besiegelt, durch die eine kontinuierliche und systematische Zusammenarbeit in den Bereichen Feuerwehrwesen und Zivilschutz gewährleistet werden soll. Das Memorandum ist im März 2014 ausgelaufen und im Monat August 2014 wurde ein zweites Memorandum nur für den Bereich Feuerwehr unterzeichnet, das vor allem die Unterstützung für den Aufbau von Feuerwehrwachen in verschiedenen Standorten der Stadt Kathmandu sowie Ausbildungsmaßnahmen zum Inhalt hat. Seit 2011 fanden in Südtirol mehrere Schulungen für nepalesische Feuerwehrmänner statt. Außerdem konnten Feuerwehrfahrzeuge und sonstige Gerätschaften und Ausrüstung nach Nepal geliefert werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2015 sind nach dem großen Erdbeben im April 2015 drei Bozner Berufsfeuerwehrmänner in Begleitung des Kommandanten nach Kathmandu gereist. Die Feuerwehrmänner kümmerten sich um die außerordentliche Instandhaltung der Fahrzeuge, die Schulung und das Training der Mannschaften im Umgang mit den Geräten. In einem Treffen mit dem Bürgermeister von Kathmandu wurden die Pläne zum Aufbau eines Feuerwehrwesens in der Stadt vorgestellt. Geplant sind vier Kardinalpunkte rund um die Stadt in der je eine neue Feuerwache mit 16 Mann errichtet werden soll. Im Zentrum von Kathmandu soll die Hauptwache saniert oder neu aufgebaut werden. Der Bürgermeister von Kathmandu bat die Südtiroler Delegation um Unterstützung in der Planung der neuen Feuerwehrhallen und um Finanzierung der ersten Halle, die zu einem Pilotprojekt werden soll. In diesen Zusammenhang wies der Bürgermeister auch auf die möglichen Änderungen der Zuständigkeiten im Feuerwehrwesen aufgrund der neuen Verfassung hin. Jede Kommune (VDC) soll künftig eine Feuerwehr haben. Deshalb sollte ein Pilotprojekt ausgearbeitet

werden, das als Vorzeigeprojekt fungieren soll. Kathmandu möchte in Zusammenarbeit mit dem Land Südtirol diese Vorreiterrolle übernehmen.

Ein weiteres direktes Projekt des Landes in Nepal wird im Bereich Bergrettung umgesetzt. Bereits seit 2012 vermitteln Südtiroler Experten nepalesischen Medizinerinnen und Sherpas Techniken der Bergrettung und Notfallmedizin. Mit einem dritten Kurs im Monat August 2015 ist das Projekt „Bergrettung in Nepal“, das vom Land Südtirol unterstützt und mitkoordiniert wird, einen entscheidenden Schritt weiter gegangen: Ärzte und Bergführer wurden im August 2015 zu Instruktoren ausgebildet, die künftig ihr Wissen und ihre praktischen Fähigkeiten einheimischen Berufskollegen in der Landessprache vermitteln sollen. Das für den Kurs entwickelte Ausbildungsprogramm ist das erste seiner Art und kann auch in anderen Bergregionen zur Anwendung kommen.

Nächstes Etappenziel des Projekts ist es nun ein Zivilschutzzentrum aufzubauen, das auch als Ausbildungszentrum für Bergretter und Notfallmediziner in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu dienen soll. Langfristig will man im höchstgelegenen Bergland der Welt, in dem bislang zahlreiche Hilfsorganisationen unkoordiniert arbeiten, ein effizientes einheimisches Rettungssystem aufbauen und so die Sicherheit im Himalaya erhöhen.

Im Jahr 2015 und 2016 fanden verschiedenen Aussprachen statt, um die Möglichkeit zu überprüfen, ein Zentrum aufzubauen, das als Ausbildungsstätte für die Bergrettung als auch für die Feuerwehr genutzt werden kann. Im Laufe des Jahres sollen die Details für die Finanzierung, Errichtung und Verwaltung des Zentrums definiert und eine Vereinbarung unterzeichnet werden. Geplant sind derzeit rund 180.000,00 € für den Bau des gegenständlichen Zivilschutzzentrums, wobei der Grund von der Gemeinde Kathmandu zur Verfügung gestellt werden muss.

Der Bergrettungsdienst im Alpenverein Südtirol wird in der ersten Jahreshälfte gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Bozen und dem Institut für Alpine Notfallmedizin der Europäischen Akademie Bozen einen Entwurf für das Gebäude ausarbeiten, der zwei getrennte Gebäude vorsieht, um die Aktivitäten der permanenten Feuerwache von jener der Bergrettung klar getrennt zu halten. Das gemeinsame Zentrum mit zwei zusammengebauten Gebäuden und einer gemeinsamen Übungshalle in der Mitte wird modular aufgebaut, damit im Zuge einer Vergrößerung eventuell neue Räume dazu gebaut werden könnten. Das Zentrum soll von der Gemeinde Kathmandu und der Himalayan Rescue Association geführt werden. Die neue Hauptwache der Feuerwehr soll für alle weiteren geplanten Feuerwachen in Kathmandu als Modell dienen.

Ecuador

Auch in den Jahren 2016 und 2017 wird das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt, in dem das Land Südtirol Partner ist, im Norden Ecuadors weitergeführt. Dessen spezifisches Ziel es ist, die Zivilgesellschaft und politische Partizipation zu stärken, die Inklusion, den Pluralismus und den Schutz der

Menschenrechte zu fördern. Im Rahmen dieses Programms, welches in Zusammenarbeit mit der Föderation der nördlichen Provinzen Ecuadors (Mancomunidad del Norte), der Nichtregierungsorganisation COSPE (Cooperazione per lo Sviluppo dei Paesi Emergenti) und der Autonomen Provinz Bozen umgesetzt wird, soll die Verwaltung der autonomen Regierungen der „Mancomunidad del Norte“ von Ecuador, durch die Umsetzung partizipativer Prozesse und die Methode der ergebnisorientierten Steuerung gestärkt werden. Das Land Südtirol hat im Jahr 2014-2015 durch drei einschlägige Experten der Verwaltung sowohl für die ergebnisorientierte Steuerung als auch für Partizipation an den Seminaren in Ecuador teilgenommen. Im Juni 2015 hat eine vom Land organisierte einwöchige Weiterbildung in Bozen stattgefunden, an der verschiedene Beamte der vier Provinzen der „Mancomunidad“ teilgenommen haben. Ziel der Weiterbildung war es, den Teilnehmern einen Einblick in die öffentliche Verwaltung des Landes und in die Nutzung des geographischen Informationssystems GIS zu gewähren und Erfahrungen im Bereich der partizipativen Planung auszutauschen. Im Jahr 2016 ist ein Lokalausgangsschein des GIS Experten in Ecuador geplant. Außerdem soll mit Hilfe unseres Experten für ergebnisorientierte Steuerung ein entsprechender Ressourcensteuerungsplan ausgearbeitet werden. Für das laufende Jahr sind Verrechnungen der Leistungen unserer Experten im Ausmaß von rund 12.300,00 € geplant. Die Kosten der Außendienst werden bis zu 7.080,00 € über das EU-Projekt abgedeckt.

Auf Antrag der Mancomunidad del Norte hat das Land Südtirol im Rahmen der bereits bestehenden Partnerschaft innerhalb 20. Jänner des I.J. im Rahmen der Ausschreibung für Lateinamerika EuropeAid/150248/DH/ACTLAC “Regional Facility for International Cooperation and Partnership” ein Projekt mit dem Titel “Territoriale Partnerschaften für die Entwicklung – Integration und Erfolgsmodelle für ein inklusives grenzüberschreitendes Wachstum in der Grenzregion zwischen Ecuador und Kolumbien“. Die Initiative sieht eine Zusammenarbeit mit den vier Provinzen im Norden Ecuadors (Esmeraldas, Carchi, Imbabura e Sucumbíos) und mit den zwei Bezirken im Süden Kolumbiens (Nariño e Putumayo) vor und soll vor allem der Bevölkerung der Grenzregion zwischen Ecuador und Kolumbien zugute kommen. Weitere Partner sind die „Municipalidad di Viña del Mar“ in Chile und das “Consorcio do Grande ABC de Brasil“. Hauptziel des Projektes ist die Armutsbekämpfung im Süden Kolumbiens und im Norden von Ecuador. Grenzüberschreitende Initiativen zur Unterstützung der guten Regierungsführung (good governance) und der lokalen Wirtschaft sollen ein nachhaltiges und inklusives Wachstum fördern. Die vom Land beantragte Finanzierung beträgt 1.641.444,40 €. Bei Genehmigung des Projektes würde das Land einen Eigenbeitrag in Höhe von insgesamt 150.000,00 in den Jahren 2016-2018 bereitstellen.

Bosnien – Herzegowina

Seit 1993 hat das Land Südtirol verschiedene Projekte für die Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina unterstützt. So wurden in der Vergangenheit Notstandsprojekte und Projekte für den Wiederaufbau durchgeführt. Seit einigen Jahren unterstützt das Land das Projekt “Adopt Srebrenica“, das von der Alexander Langer Stiftung initiiert wurde. Mit der Initiative wird in Srebrenica eine

Gruppe von jungen Multiplikatoren unterstützt, mit dem Ziel eine Kultur des Friedens und des interethnischen Dialogs zu fördern. Seit August 2013 ist das Land Südtirol Mitglied eines Netzwerks für Srebrenica, dem auch institutionelle Partner wie die Gemeinden von Pescara, Cesena, Venedig, Triest sowie die Europäische Akademie in Bozen angehören. Ziel des Netzwerks ist es Initiativen zu unterstützen, die einerseits das friedliche Zusammenleben verschiedener Gruppen fördern, aber auch die lokale Wirtschaft wiederbeleben sollen. Das Land Südtirol wird im laufenden Jahr mit Hilfe der A. Langer Stiftung den Aufbau eines Dokumentationszentrums in Srebrenica abschließen, das von Jugendlichen geleitet wird. Ebenfalls wird unter Leitung vom Verein Beppe und Rossana Mantovan, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Srebrenica, der Bau einer Wasserleitung für die Bevölkerung des Dorfes Osmace abgeschlossen. Im Zuge eines Lokalausgleichs in Srebrenica im November 2015 fand zwischen Vertretern von Südtiroler Organisationen, dem zuständigen Amt des Landes Südtirol und dem Bürgermeister von Srebrenica eine Aussprache bezüglich einer möglichen Partnerschaft statt. Der Bürgermeister wird im Laufe d.J. dem Land Südtirol Vorschläge unterbreiten, deren allfällige Finanzierung im Jahre 2017 erfolgen kann. Es sollen vor allem Initiativen im landwirtschaftlichen Bereich (Unterstützung von Kleinbetrieben, Ankauf von Kleinvieh, Verarbeitungsstätten für Waldfrüchte usw.) und Initiativen zur Förderung von Familienbetrieben unterstützt, die im Bereich Tourismus tätig werden möchten.

Libanon

Seit 2008 unterstützt das Land zahlreiche Projekte der Organisationen im Bereich der erneuerbaren Energien, Bildung und insbesondere der Berufsausbildung.

Die Zusammenarbeit mit dem Libanon begann 2009 anlässlich eines Lehrgangs für Jugendliche, welcher von Südtiroler Experten auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien durchgeführt wurde. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde auch eine Solaranlage an der Berufsschule Jbeil installiert. Unter der Leitung des Südtiroler Experten, der zur Zeit als Umweltexperte an der Außenstelle der italienischen Botschaft in Beirut arbeitet, fand eine Studienfahrt in Südtirol statt, an der verschiedene Vertreter des Umweltministeriums teilgenommen hatten. Aufgrund dieser Zusammenarbeit bat die Außenstelle der Botschaft Südtirol um weitere Unterstützung, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien und Umweltschutz.

Im Jahr 2016 ist nun von Seiten der Experten des Klimahauses Südtirol eine Ausbildung an der libanesischen Fakultät für Architektur geplant. Ziel ist es die international anerkannte Climate House Zertifizierung einzuführen.

Im Jahr 2015 fanden im Rahmen eines Projektes des Italienischen Ministeriums für Außenbeziehungen und Internationale Zusammenarbeit Beratungen von zwei Experten der Eurac im Bereich der Aufbewahrung, Restaurierung und Konservierung von Mumien statt, die im Nationalen Museum von Beirut ausgestellt werden sollen..

Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit der UN Organisation UNDP, die seit 2013 ein Programm in Zusammenarbeit mit dem libanesischen Sozialministerium laufen hat, wird für das Jahr 2016 ins Auge gefasst.

Die diesbezüglichen Ausgaben werden zum heutigen Stand auf rund 8.000,00 € geschätzt.

Der Libanon ist seit Jahren durch eine hohe Instabilität gekennzeichnet, vor allem aufgrund der großen Anzahl von syrischen und palästinensischen Flüchtlingen die in den Flüchtlingscamps leben. Das Land Südtirol möchte daher auch im Rahmen einer Ausschreibung in Zusammenarbeit mit dem Italienischen Ministerium für Außenbeziehungen und Internationale Zusammenarbeit Initiativen im Bereich der Ausbildung zugunsten der Flüchtlinge in den zahlreichen Camps unterstützen.

Afghanistan

Afghanistan ist für das Land Südtirol aufgrund der hohen Armutsrate und politischer Unruhen weiterhin ein Schwerpunktland. Seit 2001 hat das Land Südtirol verschiedene Initiativen im Gesundheitsbereich und in den Bereichen Grund- und Oberschulbildung sowie Berufsausbildung zugunsten der betroffenen Bevölkerung unterstützt. Die bestehende Zusammenarbeit mit der afghanischen Organisation Shuhada zur Unterstützung des Bildungssektors wird daher fortgesetzt. Bereits im Jahr 2003 wurde in Jaghori in der Provinz Ghazni gemeinsam ein Kinderheim errichtet. Die diesjährige Zusammenarbeit sieht den Wiederaufbau einer der ältesten Schulen in der Provinz Daikundi vor. Die Oberschule "Sang-e-mom" in der Hauptstadt Nili umfasst 20 Klassenzimmer für 1700 Studenten von der 1. bis zur 12. Stufe. Aufgrund der fehlenden Räumlichkeiten studieren die Studenten zurzeit im Freien oder in Zelten. Es handelt sich um eine Bubenschule, wobei im selben Gebiet bereits Mädchenschulen bestehen. Ein gemischter Unterricht an derselben Schule ist derzeit noch nicht möglich. Der entsprechende Finanzierungsantrag der afghanischen Organisation beläuft sich auf 266.000,00 € und die Ausgabe ist für das laufende Jahr geplant. Für das Bauprojekt wurden von Seiten des Amtes Evaluierungen ersucht, unter anderem jene der italienischen Botschaft in Kabul.

Minderheitenschutz

Vorhaben zugunsten der tibetischen Bevölkerung im Exil

Zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, unter denen die weltweit verstreuten und in ihrer Heimat unterdrückten tibetischen Flüchtlinge leben, wird das Land Südtirol im laufenden Jahr erneut die tibetische Bevölkerung in Indien und Nepal mit Projekten unterstützen. Gefördert werden Initiativen zur Verbesserung der Oberschulbildung, während das landwirtschaftliche Projekt, welches die Einführung von modernen Bewässerungssystemen sowie die Modernisierung der Landwirtschaft durch einfache landwirtschaftliche Technologien (verbessertes Saatgut, Kompost,

Getreide- und Samenspeicher, Windbrecher gegen Erosion usw.) zum Inhalt hat, weitergeführt wird.

Das Land- und forstwirtschaftliche Versuchszentrum Laimburg wird das landwirtschaftliche Projekt durch Beratung begleitend unterstützen. Im Jahr 2016 ist eine Ausbildung von zwei Agrartechnikern am Versuchszentrum Laimburg geplant. Weiters ist eine Evaluierung des Projektes von Seiten eines Technikers der Laimburg in der tibetischen Siedlung Bylakuppe geplant. Die Ergebnisse der Evaluierung sowie einer Bestandsaufnahme der Bedürfnisse vor Ort stellen die Grundlage für eine eventuelle Fortsetzung des Projektes dar.

Sambhota Tibetan School

Von Seiten des Dalai Lama ist im April 2013, anlässlich der Verleihung des Südtiroler Minderheitenpreises, der Vorschlag geäußert worden, im Zeichen der gegenseitigen Zusammenarbeit vorrangig Vorhaben im Bildungsbereich zu unterstützen. Das Tibet Büro des Dalai Lama mit Sitz in der Schweiz hat daraufhin einen Projektvorschlag übermittelt, der den Bau eines Studentenheimes bei der Sambhota Tibetan School in Paonta Sahib, Himachal Pradesh im Norden Indiens vorsieht. Da diese Schule eine der wenigen ist, die ein 11. und 12. Schuljahr anbietet, wird sie von tibetischen Schülern aus verschiedenen Teilen Indiens besucht. Durch den steigenden Zulauf an Schülern ist der Platz nun sehr knapp geworden. Ein neues Heim für Schülerinnen konnte bereits errichtet werden. Ein Heim für Schüler ist ebenfalls notwendig. Im Jahr 2015 wurden die notwendigen finanziellen Mittel für die 2. Bauphase des Schülerheims für 110 Studenten bereitgestellt. Der Bau soll im Laufe des Jahres 2016 fertig gestellt werden.

Myanmar

Ein Projekt, das sich den Schutz der Minderheit Pa-O in dem autonomen Gebiet Ho pong Nahe der Stadt Taunggyi im Shan Staat in Myanmar zum Ziel setzt, wurde über eine Südtiroler Organisation eingereicht. Myanmars Bevölkerung weist eine hohen Analphabetenrate auf mit einer geringen Anzahl von berufstätigen Frauen. Über die Unterstützung von 150 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben mit Ausbildungsmaßnahmen sollen alternative Wirtschaftskreisläufe zum Anbau von Mohn im Gebiet Ho pong geschaffen werden.

Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Sendereihe und der Internetplattform „Minet“

Die TV-Senderreihe „Minet – Minderheitenmagazin“, die seit dem Jahr 2004 ausgestrahlt wird, ist als Fernsehprogramm des Rai Sender Südtirols eines der wichtigsten Informationsinstrumente im Bereich Minderheiten für die Südtiroler Bevölkerung. Im Jahr 2014 wurden sieben Ausgaben in deutscher Sprache, vier Ausgaben der Sendung „Minoranze nel mondo“ in italienischer Sprache und erstmals auch sechs ladinische Ausgaben von MINET auf RAI Ladinia ausgestrahlt. Thematisiert wurden unterschiedliche Aspekte zu Minderheiten, die am Beispiel europäischer aber auch außereuropäischer Minderheiten aufgegriffen und behandelt werden. Zudem wurde vor einem Jahr die dreisprachige

Internetplattform www.minet-tv.com online eingerichtet. In fast allen Ausgaben des Minderheitenmagazins konnten Schwerpunkte im Bereich der Bewusstseinsbildung und Entwicklungszusammenarbeit behandelt werden. Auch im laufenden Jahr werden Themen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes behandelt. Die thematischen Schwerpunkte für das Bezugsjahr sind folgende: Nachhaltige Entwicklungsziele, die Krise im Nahen Osten, Ursachen der Migration sowie die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit angesichts des aktuellen Weltgeschehens. Das Land finanziert die entsprechende Fernsehreihe und die Internetplattform mit einem Beitrag von 20.740,00 €.

Bewusstseinsbildung und globales Lernen

Die Südtiroler Organisationen sind wichtige Akteure der Bewusstseinsbildung und des globalen Lernens. Sie sind Träger vieler Initiativen, die sich zum Ziel setzen, die Südtiroler Bevölkerung über entwicklungspolitisch relevante Themen zu informieren und sensibilisieren.

Die Projektvorschläge für Initiativen im Bildungsbereich für das Jahr 2016 sind von den Organisationen innerhalb 30. Oktober 2015 eingereicht worden. Die Bewertung und Genehmigung der Projekte konnte noch im Dezember 2015 erfolgen, während die Vereinbarungen im Januar d.J. abgeschlossen wurden, also zwei Monate früher als in den vergangenen Jahren. Insgesamt wurden für das laufende Jahr 19 Projekte mit einer Gesamtfinanzierung von 455.145.- € genehmigt.

Die Projekte der Organisationen behandeln verschiedene Themenbereiche. Viele Initiativen richten sich an ein junges Publikum, vor allem Schüler und Studenten, die mit nachhaltigen Formen des Wirtschaftens und des verantwortlichen Konsums vertraut gemacht werden. Ein weiteres Schwerpunktthema im Jahr 2016 ist sicherlich auch das Thema Migration. Man möchte mit Hilfe von Berichten, Interviews, Reportagen, Videoclips, Dokumentarfilmen eine mediale Offensive lancieren, die zum Abbau von Vorurteilen und zu mehr Verständnis für die Fluchtursachen aber auch für die Traditionen und Gepflogenheiten anderer Kulturen beitragen soll.

Auch der faire Handel in Südtirol spielt in diesem Bereich eine wichtige Rolle, vor allem aufgrund der Genossenschaft „altromercato“, welche vor 30 Jahren in Bozen gegründet wurde und mit den vielen Weltläden sehr stark zusammenarbeitet. Immer wieder finden Veranstaltungen, workshops, Ausstellungen, Filmvorführungen statt, die sich zum Ziel setzen, die Bedeutung und Werte des fairen Handels an Jugendliche und an Erwachsene zu vermitteln. Im laufenden Jahr möchte man mit der Initiative „*Fashion Revolution*“ begleitet von einer Wanderausstellung zum Thema, mehr Bewusstsein für die Auswirkungen unbewusster Kaufentscheidungen bezogen auf Kleidung schaffen, wie z.B. Förderung von Kinderarbeit durch Kauf von billiger Kleidung, Ausbeutung der Arbeiter usw.. Das Land wird sich an dieser Kampagne beteiligen.

Auch die Arbeit des Netzwerks von Akteuren, die sich im letzten Jahr in Absprache mit dem Amt für Kabinettsangelegenheiten, insbesondere mit dem Thema Ernährungssicherheit und – souveränität auseinandergesetzt und konkrete Vorschläge für Südtirol erarbeitet haben – u.a. das Südtiroler Manifest zur Ernährungssouveränität, wird im laufendem Jahr weiterhin unterstützt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Förderung von Initiativen, die einen wichtigen Beitrag leisten zum besseren Verständnis der Probleme der Minderheiten in Zusammenhang mit der Bewahrung und dem Schutz ihrer Rechte.

In einigen Projekten steht die Analyse komplexer Dynamiken zeitgenössischer Konflikte im Mittelpunkt bspw. im Irak, in Israel/Palästina sowie Bosnien-Herzegowina. Vor allem Schülern wird die Möglichkeit geboten, sich anhand von Fallbeispielen mit dem Thema Menschenrechtsschutz, Friedenskultur, friedliche Konfliktlösung und Vermittlung in Konfliktsituationen, auseinanderzusetzen.

In Rahmen der Bewusstseinsbildung und des globalen Lernens, werden neben den von den Organisationen und Freiwilligen vorgeschlagenen und durchgeführten Projekten auch Initiativen unterstützt die direkt vom Land Südtirol initiiert und koordiniert werden wie etwa spezifische Konferenzen oder Informationsabende zu den gemeinsam mit den Südtiroler Organisationen vereinbarten Schwerpunktthemen. Die Schwerpunkte, die für das Jahr 2016 ausgewählt wurden, betreffen folgende Themenbereiche Migration und Entwicklung sowie die Modelle der nachhaltigen und ökosozialen Produktion. Für das laufende Jahr beabsichtigt man Initiativen zu diesen Themen gemeinsam mit den Organisationen zu organisieren und unterstützen sowie den Tag der Entwicklungszusammenarbeit diesen Themen zu widmen. Die hierfür geplante Ausgabe beläuft sich auf rund 70.000,00 €.

Im Mai 2016 wird ein dreitägiges Training für die Mitglieder der Organisationen angeboten. Es sollen dabei vor allem Planungsmethoden zum Project Cycle Management (2 Tage) übermittelt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Weiterbildung liegt in der Vermittlung von Strategien, um Entwicklungszusammenarbeit überzeugend zu kommunizieren (1 Tag). Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 13.000,00 €.

Im Jahr 2016 wird das von der Europäischen Kommission genehmigte bewusstseinsbildende Projekt „Teaching Microcredit in secondary schools“ abgeschlossen. Durch das Projekt lernen Professor/innen und Schüler/innen der Oberschulen Mikrokredite, Mikrofinanzen und das ethische Finanzwesen als Mittel zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der Armutsbekämpfung kennen. Ziel ist es, auch in der jungen Generation Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und friedenserhaltende Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern zu fördern. Die Partnerländer im Süden der Welt sind: Kambodscha, Mosambik, Ecuador und Bangladesch. Mit dem Projekt ist es gelungen diese Themen in das Schulcurricula einiger Schwerpunktspezifischen Fächer wie z.B. Weltwirtschaft und Handel, Wirtschaftsgeografie, Internationale Beziehungen usw. der deutschsprachigen Fachoberschulen für den wirtschaftlichen und technologischen Bereich in Südtirol

aufzunehmen. Gespräche laufen derzeit auch mit dem italienischen Schulamts Lehrerfortbildungen zu diesen Themen in das Programm d. J. aufzunehmen. In einigen italienischen Oberschulen, wird das Material, das im Rahmen des Projektes erarbeitet wurde, bereits im Unterricht von geschultem Lehrpersonal verwendet.

In Zusammenarbeit mit dem Missionskomitee Bozen und dem italienischen Außenministerium wurde im Oktober 2015 eine Tagung zu den auslaufenden Millenniums-Entwicklungszielen sowie zu den neuen Nachhaltigen Entwicklungszielen abgehalten. Zu diesem Anlass wurde auch eine Wanderausstellung und acht Kurzfilme für Schulen, Vereine, Pfarreien usw. vorgestellt, mit welcher die Zielerreichung der Millenniumsgoals erörtert werden und den Südtiroler Beitrag aufzeigen soll.

Kommunikation und Transparenz

Ein vorrangiges Ziel ist auch über die Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene zu berichten. Die Bürger und Bürgerinnen sollen über die Rolle, die Bedeutung und den Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit in ihren verschiedenen Formen informiert werden u.a. auch über die zahlreichen Notstandsmaßnahmen bei Krisen- und Konfliktsituationen. Vor allem soll vermittelt werden, welche Rolle die Entwicklungszusammenarbeit bei der Armutsreduzierung spielen kann.

Ein Instrument hierfür ist die Webseite des Landes mittels welcher man die Kommunikation der Entwicklungszusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verbessern möchte, um ein breiteres Publikum zu erreichen. Die neuen Medien werden insbesondere von den Jugendlichen vermehrt genutzt und sind daher eine wichtige Plattform für die Vorstellung der Projekte und Programme des Amtes.

Im laufenden Jahr wird die Webseite www.provinz.bz.it/entwicklungszusammenarbeit und die Online- Datenbank, in der ca. 2.000 vom Land Südtirol seit 1991 unterstützte Projekte angeführt sind, optimiert und graphisch gemäß den neuen Landesrichtlinien gestaltet und veröffentlicht.

Die Inhalte der Landeswebseite werden auch über die facebook Seite der Entwicklungszusammenarbeit „APB Entwicklungszusammenarbeit“ kommuniziert.

Im Jahr 2015 wurde die Produktion von verschiedenen Videos über Entwicklungsprojekte in Ecuador, Uganda, Kenia sowie zu Tagungen in Südtirol unterstützt. Auch im Jahr 2016 wird diese Form der Kommunikation fortgeführt. Mitgetragen werden auch TV Produktionen, welche Themen wie Minderheitenschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Bewusstseinsbildung behandeln.

Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau

Bei Naturkatastrophen, Krisensituationen, Hungersnöten und in instabilen Post-Konflikt-Gebieten leistet das Land Südtirol im Rahmen seiner Möglichkeiten auch schnelle Hilfe.

Zu den Ländern, in denen Südtirol in der Vergangenheit humanitäre Hilfe geleistet hat, gehören Bosnien und Herzegowina, Kosovo, die Tsunami-Gebiete in Indonesien, Indien und Sri Lanka, Palästina, das Horn von Afrika und andere betroffene Gebiete in Afrika. Ziel ist es, den Katastrophenopfern schnell Hilfe zu kommen zu lassen, die Not zu lindern und die Betroffenen soweit zu unterstützen, dass sie ihre Integrität und Würde bewahren können. Konkrete Beispiele für humanitäre Hilfe sind die Bereitstellung von Zelten, Decken und anderen lebensnotwendigen Gütern wie Medikamente, Nahrungsmittel und medizinische Geräte.

Die geförderten Notstandseinsätze werden im Allgemeinen von UN-Organisationen wie z.B. dem UNO-Welternährungsprogramm, dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) oder dem Internationalen Roten Kreuz durchgeführt. Dabei wird in den Krisenregionen mit Nichtregierungsorganisationen und Partnern vor Ort, die über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und über eine Einsatzerlaubnis verfügen, eng zusammengearbeitet.

Im Jahr 2015 wurden Notstandsprojekte durchgeführt, die Maßnahmen zum Wiederaufbau im Gazastreifen, zur Bekämpfung von Ebola in Sierra Leone, auf den Philippinen in Folge des Taifuns Haiyan und Nepal nach dem verheerenden Erdbeben zum Gegenstand hatten.

Nepal

Im Jahr 2015 stand Nepal in Folge des Erdbebens und der daraus folgenden humanitären Krise im Mittelpunkt. Eine Soforthilfe für Nepal in der Höhe von 50.000 Euro war kurz nach dem Erdbeben an das Nepalesische Rote Kreuz ergangen. Am 17. September wurden, mittels einer Ausschreibung des Landes, Mittel in der Höhe von 200.000,00 Euro für neun Projekte der Südtiroler Organisationen bereitgestellt. Die Vorhaben in den Bezirken Dhading, Gorkha, Kavrepalanchok, Ramechhap und Sindhupalchok betreffen vor allem den Bau von Notunterkünften mittels Ankauf von Baumaterialien, vor allem von Wellblechen. Auch der Wiederaufbau von sozialen Einrichtungen und Schulen, psychologische Begleitung für die Opfer des Erdbebens und die Unterstützung der Nahrungsmittelsicherheit wurden gefördert.

Im Rahmen der jährlichen Ausschreibung für Vorhaben der Südtiroler Organisationen 2016 wurden mehrere Projekte für Nepal eingereicht, welche teils Folgeprojekte von den bereits vom Land unterstützten Notstandsinitiativen darstellen. So soll z.B. von den Südtiroler Ärzten die Geburtsklinik im Dhulikhel Hospital fertig gestellt werden oder vom Verein Pro Nepal die Trinkwasseranlage im Dorf Tipchok gebaut werden. Die Genossenschaft „altromercato“ beabsichtigt hingegen, vier Fair Trade-Organisationen beim Wiederaufbau von

Produktionsstätten zu unterstützen. Ein weiteres Projekt sieht den Wiederaufbau eines Frauenzentrums für Opfer von Gewalt in Kathmandu vor, das vom Erdbeben stark beschädigt wurde.

Äthiopien

Viele der derzeitigen humanitären Krisen sind auch auf die Auswirkungen des Klimawandels zurückzuführen. Das ist der Fall von Äthiopien, das von einer Dürreperiode betroffen ist, die laut dem Büro der Vereinten Nationen zur Koordinierung der humanitären Hilfe (OCHA) die schlimmste ist, die Äthiopien seit Jahrzehnten zu verzeichnen hat. Das Land Südtirol beabsichtigt somit auch im Rahmen der Ausschreibungen für Projekte der Organisationen Saatgut für die betroffenen Landwirte bereitstellen. Parallel werden Initiativen gefördert (z.B. Regenauffangbecken, Aufforstung, Schulung über das Frühwarnsystem usw.), welche die Widerstandsfähigkeit gegenüber Dürreschocks und Nahrungsmittelengpässen stärken soll.

Naher Osten

Ein weiterer Schwerpunkt liegt weiterhin im Nahen Osten, vor allem in Jordanien, Irak, Syrien und Libanon. Für das Land Syrien wurden im Rahmen der jährlichen Ausschreibung drei Projekte eingereicht. Ein Projekt sieht die Unterstützung des Gesundheitssystems in der nördlichen Region Rojava vor, in der die kurdische Bevölkerung die Mehrheit darstellt und seit 2014 autonom verwaltet wird. Es wird geschätzt, dass der Bürgerkrieg außer den 250.000 Todesopfern zusätzlich 200.000 Opfer aufgrund des Mangels an medizinischer Versorgung gefordert hat. Weitere zwei Projekte haben die Versorgung mit Lebensmitteln der von der Krise stark betroffenen Bevölkerung der Region Idlib zum Ziel.

Im Jahr 2015 wurde in der Stadt Aleppo ein Projekt zur Förderung des Schulbesuchs für Mädchen, unterstützt. Gegenstand des Projektes war die Errichtung und Einrichtung eines Fertigbaus, der als Schulklasse dient und die Lehrerausbildung für geeignete Unterrichtsmethoden in Notandsituationen und zur Früherkennung von Traumata betrifft. Ein Folgeprojekt für 2016 hat die Renovierung von zwei weiteren Schulen in Aleppo und Schulungen von Lehrern zum Gegenstand. Ein Gutachten der Außenstelle des italienischen Außenministeriums im Libanon soll Aufschluss darüber geben, ob dieses Projekt aufgrund der derzeit kritischen Sicherheitslage gefördert werden kann.

Kritisch ist die Situation auch in der Region Kurdistan im Irak wo ca. 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge und 250.000 syrische Flüchtlinge leben, die aus Kriegsgebieten geflüchtet sind. Viele von den Flüchtlingen sind Opfer von oft religiös motivierter Gewalt sowie des gezielten Genozids als auch des Sklavenhandels. Besonders gravierend ist die Situation der Jesiden und Christen, die seit Jahren Verfolgungskampagnen ausgesetzt sind. Die Landesregierung hat somit, in Folge einer Anfrage von Seiten des Landtages beschlossen, ein Projekt zur Ausbildung von Traumatherapeuten in der Region Kurdistan im Irak zu unterstützen. Ziel ist es

den Opfern von Gewalt eine angemessene Therapie anzubieten, mit dem Ziel das psychologische sowie emotionale Gleichgewicht der traumatisierten Opfer, vor allem Frauen und Kinder, wiederherzustellen.

Bereitstellung von abgeschriebenen beweglichen Gütern für Entwicklungsprojekte

In den letzten Jahren wurden vermehrt Gerätschaften, Ausrüstungen und Fahrzeuge, die in Südtirol nicht mehr verwendet werden, aber noch funktionstüchtig sind, für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt. Es handelt sich dabei v.a. um medizinische sowie informationstechnische Geräte und Ausstattung für die von Seiten der Organisationen und Einrichtungen im Süden großes Interesse besteht. Das Amt sorgt für die Bewertung der Projekte und der Organisationen, für welche die Geräte bereitgestellt werden. Auch im laufenden Jahr wird das Land Südtirol den Einsatz der abgetretenen Gerätschaften begleiten und deren korrekte Verwendung kontrollieren.

Projektkontrollen

Im Laufe des Jahres 2016 werden die Kontroll- und Bewertungsmaßnahmen für laufenden oder abgeschlossenen Projekte und Programme verstärkt. Dies erfolgt im Sinne der geltenden Kriterien gemäß Gesetz Nr. 5/1991, mit dem Ziel Effizienz, Relevanz, Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der geförderten Entwicklungsinitiativen zu gewährleisten. Die Stichprobenkontrollen erfolgen entweder mittels Lokalaugenschein oder durch Überprüfung der Projektdokumentation bei den Projektträgern.

Neues Landesgesetz zur Entwicklungszusammenarbeit

Am 1. Jänner 2016 ist das neue staatliche Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit - "Disciplina generale sulla cooperazione internazionale per lo sviluppo" - Nr. 125 vom 11.08.2014 in Kraft getreten. Es ersetzt das Gesetz Nr. 49/1987, welches den Bereich in den letzten 30 Jahren geregelt hatte.

Mit dem neuen Gesetz wurden sowohl der Nationalrat für Entwicklungszusammenarbeit sowie die Agentur für Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet und die Rolle neuer Akteure wie auch jene der Regionen und autonomen Provinzen hervorgehoben. Im Nationalrat, der aus 48 Mitgliedern besteht, sind die Zivilgesellschaft, die Non-Profit-Organisationen, die Genossenschaften und sozialorientierten Unternehmen, die ethischen Bankinstitute, die Migranten- und Gewerkschaftsorganisationen sowie auch die Regionen und autonomen Provinzen vertreten. Innerhalb dieses beratenden Organs sind vier thematische Arbeitsgruppen eingerichtet worden, welche folgende Bereiche abdecken: Maßnahmen zur Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung; Kohärenz, Wirksamkeit und Evaluation; Strategien und Richtlinien der italienischen Entwicklungszusammenarbeit; Die Rolle des privaten Sektors in der

Entwicklungszusammenarbeit und Migration und Entwicklung. Mit diesen Arbeitsgruppen sollen die Arbeiten des Beirates implementiert und inhaltlich aufgewertet werden. Sowohl im Beirat als auch in den Arbeitsgruppen sind die Vertreter der Regionen und autonomen Provinzen eingebunden, wobei das Land Südtirol bei der ersten Arbeitsgruppe mit dem Thema Agenda 2030 mitarbeitet.

Im Januar dieses Jahres wurden auch ersten Richtlinien für nichtgewinnorientierte Organisationen bezüglich der Akkreditierung bei der neuen Agentur veröffentlicht. Weitere Regelungen, insbesondere Durchführungsbestimmungen zum neuen Staatsgesetz sind noch ausständig.

Angeichts der Notwendigkeit, das Landesgesetz in einigen Punkten zu überarbeiten und zu aktualisieren, wird im Laufe dieses Jahres in Zusammenarbeit mit den Südtiroler Akteuren ein Entwurf hierzu ausgearbeitet, der auch den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen muss.

Anmerkungen

Abschließend sei hervorgehoben, dass die genannten Beträge ausschließlich richtunggebenden Charakter haben und keine definitiven Finanzierungsbeiträge darstellen. Diese werden nach Überprüfung und Ausarbeitung der Projekte und Programme mit dem jeweiligen Genehmigungsakt festgelegt und können Abweichungen nach unten oder nach oben gegenüber den genannten Beträgen aufweisen.

Weiters wird im Hinblick auf alle erwähnten Aufgabenbereiche darauf verwiesen, dass die gegenständliche Auflistung der Projekte und Initiativen nicht erschöpfend ist und durch entsprechende Maßnahmen im Laufe des Jahres erweitert werden kann, sofern Änderungen oder Ergänzungen erforderlich sind. Dies kann im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und in Abstimmung mit thematischen und geografischen Prioritäten, welche auf Landes-, Nationaler, Europäischer oder Internationaler Ebene beschlossen werden, erfolgen.

Bozen, den 16.03.2016